

V0320/22

Energetische Standards für kommunale Bauvorhaben
(Referenten: Bürgermeisterin Petra Kleine und Gero Hoffmann)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 19.05.2022

Herr Hoffmann trägt vor, dass die Stadtverwaltung anstrebt, zukünftig Photovoltaik und Gründächer als Standard einzuführen und überall dort zu machen, wo rechtlich oder technisch nichts dagegen spreche. Beispielsweise bei der Sanierung der Bauhofhalle mit mehreren 1.000 m² Dachfläche wolle man dies mit Sicherheit umsetzen. Bei Neubauten wolle man auf den Effizienzhaus 40 EE Standard gehen. Das KfW 40 EE sei ein Haus, welches maximal 40 Prozent des nach der EnEV zulässigen Wertes des Jahresprimärenergiebedarfs benötigt und gleichzeitig mindestens 55 Prozent für seine Wärme- und Kälteversorgung erneuerbare Energien nutzt. Bei Sanierungen schlägt die Verwaltung den Standard Effizienzhaus 70 vor, wobei man diesen im Sinne der Nachhaltigkeit wo möglich auch gerne unterschreiten möchte, informiert Herr Hoffmann. Beim KfW 70 Standard seien es sozusagen 70 Prozent des zulässigen Wertes des Jahresprimärenergiebedarf bzw. 30 Prozent weniger Primärenergieverbrauch als beim Referenzhaus, welches man mit 100 Prozent festgelegt habe. Ein Bestandsgebäude sei ebenfalls immer ein Unikat, bei dem man sich den baulichen Zustand genauer anschauen müsse. Als weiteren Punkt habe man sich als Ziel gesetzt, das Fernwärmenetz, welches bereits existiere, weiter ausbauen. Die Fernwärmeenergie stamme aus der Müllverwertung und einer Raffinerie, trotzdem müsse diese Energiequelle genutzt werden. An dieser Stelle müsse man die Energie für Beheizung von Gebäuden eben nicht neu produzieren. Deshalb sei die Fernwärme für Heizzwecke CO₂-neutral, referiert Herr Hoffmann. Der Ausbau des Fernwärmenetzes sei allerdings relativ teuer. Hierzu würde man eine kritische Masse an Verbrauchern benötigen, welche sich an das Netz anschließen lassen, um die Investitionen wirtschaftlich tätigen zu können. Hier gebe es bereits verschiedene Ideen, wie z.B. mit der Fernwärmeleitung an das Schulzentrum Südwest oder auch an das 5. Rathaus heranzukommen. An diesen Ideen wolle man sich schrittweise weiterarbeiten, um das Fernwärmenetz zu verbessern. Auch die Stadtwerke planen nach Aussagen von Herrn Hoffmann aktuell eine zweite Donauquerung als Mikrotunnel unter der Donau.

Bürgermeisterin Kleine betont, das Wichtige dabei sei auch, dass die Stadtverwaltung vom Stadtrat den Auftrag bekommt, so loszumarschieren. Aller Voraussicht nach werde man auch seitens der Gesetzgebung unterstützt. Nach ihren Kenntnissen soll ab dem Jahr 2025 der KfW 40 Standard sogar als Neubaustandard bundesgesetzlich vorgeschrieben werden. Aus diesem Grund müsse man sich jetzt schon planerisch auf den Weg machen.

Stadtrat Witty bezieht sich auf Punkt 1 der Verwaltungsvorlage und möchte wissen, ob man das Potenzial der Photovoltaikanlagen auf städtischen Bestands- und Neubaugebäuden auch quantitativ beziffern könne.

Herr Hoffmann antwortet, dass sich um eine genaue Aufstellung beim Amt für Gebäudemanagement kümmere. Eine fertige Liste könne er in der Sitzung nicht vorlegen. Die Quadratmeter würden eher in eine falsche Richtung deuten, da jede Dachfläche für eine Photovoltaikanlage über eine gewisse Neigung verfügen bzw. auch statisch tragfähig sein müsse. Die erwähnte Bauhofhalle müsse z. B. zuerst statisch ertüchtigt werden, da diese im Moment keine Photovoltaikanlage tragen könne, verdeutlicht Herr Hoffmann.

Nach der Sommerpause soll dem Stadtrat ein Energiebericht zusammen mit den geplanten Photovoltaik-Ausbau und seinen Wirkungsgrad vorgelegt werden, erwähnt Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Wöhl vertritt die Meinung, dass man nicht zu sehr auf Fernwärme setzen sollte, da es eine Wärme sei, die es eigentlich gar nicht geben dürfte außerhalb der Industrie. Die Müllverbrennung sei ein Abfallprodukt, das CO₂ sei hierbei schon entstanden. Das solle doch eigentlich grundsätzlich eher vermieden werden. Außerdem seien diese Energiequellen damit irgendwann endlich.

Herr Hoffmann gibt Stadtrat Wöhl recht. Die gleiche Frage habe er Herrn Stockmeier von den Stadtwerken auch gestellt. Diese machten sich im Moment bereits Gedanken darüber, wo für sie Energie aus regenerativen Quellen herkommen könne.

Stadtrat Semle begrüßt, dass Standards in den Baudiskussionen gesetzt werden. Falls dieser Beschluss Zustimmung finde, gehe er ab sofort davon aus, dass immer begründet werde, warum ein Standard erreicht, übertroffen oder nicht erreicht werden könne. Er freue sich auch sehr darüber, dass Photovoltaikanlagen Standard werden sollen. Weiter geht er davon aus, dass es bereits in ein bis zwei Jahren erneut Diskussionen darüber geben wird, dass die heute beschlossenen Standards nicht mehr ausreichen. Nach seinen Aussagen soll die GWG jetzt schon ein energieneutrales Haus (Nullenergiehaus) im Gewerbegebiet Dachsberg bauen. Dort müsse man auch allgemein hinkommen. Der 40er Standard reiche dann nicht mehr aus. Für den aktuellen Stand stimme er trotzdem den Beschlussvorschlag zu, da Standards dringend gebraucht werden.

Stadtrat Dr. Meyer bezieht sich auf die Frage von Stadtrat Witty. Die Landtagsfraktion der Grünen habe diese Frage der bayerischen Staatsregierung ebenfalls gestellt, was die staatlichen Gebäude angehe. Von 11.000 Gebäuden seien eben nur rund 1/10 wirtschaftlich und denkmalschutzpflegerisch geeignet. Schauen man sich die privaten Gebäude in Ingolstadt an, dann müsse man mit ganz anderen Einschränkungen rechnen. Deshalb habe er dafür plädiert, diese Gesamtpotenziale, welche im Klimaschutzkonzept genannt seien, nicht rechnerisch heranzuziehen, um Einsparpotenziale abzuleiten, sondern auf die reale Verfügbarkeit abzustellen. Weiter möchte Stadtrat Dr. Meyer von Herrn Hoffmann eine Einschätzung haben, weshalb diese Potenziale nicht schon früher genutzt worden seien. Was Punkt 2 und 3 der Beschlussvorlage betreffe, habe er die Bitte, dass die Projekte für die Neubauten und der Generalsanierung, welche in den nächsten 12 Monaten relevant werden, bis zur Stadtratssitzung kurz vorgestellt werden, damit man wisse, was in welchem Umfang sie auf die Stadtverwaltung zukomme.

Bürgermeisterin Kleine sagt, die Realität habe sich schon immer als Nadelöhr gezeigt. Das sei in dem Fall nichts anderes. Sie sei sich nicht sicher, ob alle Fragen bis zur nächsten Stadtratssitzung im Juni beantwortet werden können.

Stadtrat Dr. Schumann möchte in Erfahrung bringen, weshalb nur eine Dachbegrünung und keine Fassadenbegrünung in Frage komme. Seiner Ansicht nach würde man diese ergänzend sehr gut miteinander kombinieren können. Erst kürzlich habe er in der Regensburger Straße drei Wohnblocks mit wunderschön begrünten Fassaden gesehen. Nach seinen Erzählungen sollen sich die Bewohner ebenfalls über die fantastische Begrünung freuen.

Den Ergänzungsantrag mit der obligatorischen Fassadenbegrünung könne man gerne mitbeschließen, antwortet Bürgermeisterin Kleine.

Herr Hoffmann stimmt nickend zu.

Stadträtin Leininger äußert ihre Bedenken über Seite 3 der Beschlussvorlage. Im ersten Absatz stehe, dass eine Umsetzung der Vorgaben bei allen Projekten erfolge, bei denen noch nicht mit der Entwurfsplanung begonnen wurde. Stadträtin Leininger möchte wissen, wie groß der Aufwand wäre, die bereits begonnenen Projekte noch einmal zu überprüfen. In ihren Augen sollte man auch hier keine Chance verstreichen lassen.

An Stadtrat Semle gewandt, verweist Herr Hoffmann auf Seite 4 der Beschlussvorlage, in der stehe, dass die Vorlage auf den aktuellen Klassifizierungen des Energiegesetzes und der KfW basiere. Mit Änderungen dieses Gesetzes oder der Förderbedingungen könne sich diese Klassifizierung ändern. Bei Bedarf werde diese Beschlussvorlage entsprechend angepasst, stellt er klar. Auf die Nachfrage von Stadtrat Dr. Meyer antwortet Herr Hoffmann, dass seine Einschätzung so aussehe, dass zum einem das Bewusstsein gewachsen sei und zum anderen diese Anlagen auch günstiger und effizienter geworden seien. Inzwischen mache sich die Industrie ebenfalls Gedanken darüber, Photovoltaikmodule zu produzieren, welche man eventuell an historischen Gebäuden anbringen könne und die man nicht sofort als solche erkenne. Hier sei man auf noch keinem guten Stand, aber die Entwicklung gehe sehr rasant voran. Bezüglich der Fassadenbegrünung tue sich Herr Hoffmann immer etwas schwer. Im Bauministerium habe er einmal an einer Fortbildung zu diesem Thema teilgenommen. Der vortragende Professor von der TU habe von der Fassadenbegrünung abgeraten, da sie einfach in Herstellung und Unterhalt relativ teuer sei. Dagegen sollte man lieber Bäume pflanzen. An Stellen, wo eine Fassadenbegrünung umsetzbar sei und nicht zu mehr Pflegekosten und mehr Aufwand im Unterhalt führe, könne man dies seiner Ansicht nach aber gerne machen. Ansonsten würde er eher dazu tendieren, die Außenanlagen einer Liegenschaft biodivers zu gestalten.

Stadtrat Dr. Schuhmann schlägt vor, diesbezüglich einfach mal bei der GWG nachzufragen.

Herr Hoffmann sagt, dies könne er gerne machen. Auf die Nachfrage von Stadträtin Leininger erklärt Herr Hoffmann, dass man sich bewusst für die „Entwurfsplanung“ als Grenze in der Übergangszeit entschieden habe, da in diesem Stadium der Vorentwurf abgeschlossen sei. Bei Projekten, in denen man sich noch in der Vorentwurfsplanung befindet, werde man eine Prüfung selbstverständlich noch durchführen. Eine Umplanung kurz vor dem Baubeginn würde eine Maßnahme zurückwerfen und tatsächlich auch zu mehr Kosten führen. Hier würde es Herr Hoffmann für sinnvoller erachten, fertig zu bauen und im ggf. noch im Nachgang eine Photovoltaikanlage zu errichten. Ansonsten würde man alle Firmen aufhalten und eine Bauzeitverlängerung in Kauf nehmen müssen.

Stadtrat Böttcher greift das Thema Fernwärme auf und verweist auf die Brücke östlich der Autobahn, da man ständig von Handeln und Nachhaltigkeit rede. Hier hätte man die Chance gehabt, eine Brücke zu schaffen, welche die Bürger mit dem Rad nutzen hätten können und darunter die Fernwärme. So hätte man viele Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Der Baumwipfelweg sei bei weitem ein größerer Eingriff in die Natur als eine Brücke östlich der Autobahn, kritisiert Stadtrat Böttcher.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt die Meinung von Stadtrat Böttcher. Auch er möchte sich nicht damit abfinden. Es gebe wenig Themen, die ihn so geärgert haben wie das Ergebnis dieser Prüfung.

Stadtrat Achhammer schlägt vor, dieses Thema im Zusammenhang mit der Fernwärme noch einmal anzusprechen. Auch er sehe es als eine einmalige Chance. Was Punkt 3 der Beschlussvorlage angehe, sehe es Stadtrat Achhammer für die Stadt Ingolstadt als dringlichste Aufgabe, als Vorbild zu erscheinen. Wenn man die privaten Bauherren mitziehen möchte, müsse man als gutes Beispiel vorangehen. Deshalb gelte auch hier wieder ein Motto: Nicht Zaudern und Zögern, sondern „Machen, machen, machen“.

Bürgermeisterin Kleine bestätigt, es sei ohnehin der Plan gewesen, nochmals bei der Regierung von Oberbayern nachzufragen, wie diese die Richtlinien im Zusammenhang mit dem FFH-Gebiet und der Verkehrswegedurchfahrt auslegen würde und ob man nicht doch Spielräume sehe.

Herr Hoffmann ergänzt, dass sich bei der Autobahnbrücke bereits ein Steg befinde. Hier setze man auf Hoffnungen in die Autobahndirektion, jetzt Autobahn GmbH. Dies sei unabhängig von der anderen Brücke bei Mailing. Den Steg unter der Autobahnbrücke würde er gerne etwas breiter und das Gelände höher haben. Das ginge, wenn man die dort vorhandene Gasleitung weg bekäme. Das wären jedoch zwei verschiedene Themen, verdeutlicht Herr Hoffmann.

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet